AUGUSTIN 306

Steinhof-Privatisierung stößt auf zunehmenden Widerstand

Für die Reichen das Schönste

Der Krankenanstaltenverbund hat den Ostteil der Jugendstil-Anlage der Psychiatrie am Steinhof an die Gesiba verkauft. *Die Gesiba wird dort Wohnblocks für Betuchte hineinklotzen – «im Sinne des Konzeptes von Otto Wagner», wie Gesiba-Chef Ewald Kirschner den Meister im Grab rotieren ließ. Ein Aufstand braut sich zusammen – auch weil der Ausverkauf weiterer Pavillons zu befürchten ist.*

Die Wiener Grünen sind in einer wenig beneidenswerten Lage – in die sie freilich durch eigene Schuld eingetreten sind. Solange sie sowohl in sozialen wie auch in ökologischen Angelegenheiten die kompetenteste Oppositionspartei im Wiener Rathaus waren, galten sie als die zuverlässigsten Partner vieler Bürger_innen-initiativen. Wie groß die Entfremdung zwischen diesen und Häupls Neo-Koalitionspartner geworden ist, zeigte sich Ende September bei der Bürger_innenversammlung zur Privatisierung eines Teils von Otto Wagners weltbekannter Pavillon-Stadt am Steinhof.

Schon gegen Schluss der von etwa 600 Wiener_innen besuchten Versammlung kritisierte ein ehemaliger Grün-Sympathisant das Fallenlassen vieler Forderungen der Grünen, die bis zu ihrem Stadtregierungseintritt bzw. bis zum Beginn des grünen Wahlkampfs, der bereits opportunistisch auf diese rotgrüne Option ausgerichtet war, als so genannte grüne essentiales galten. Allein schon die Rettung des wertvollen artenreichen Baumbestandes der Psychiatrischen Anstalt schloss für die Grünen damals jede Zusatzverbauung aus.

Die Grünen stimmten damals der Flächenwidmungsänderung, die den Ausverkauf der denkmal- und ensemblegeschützten Jugendstilanlage vorbereitete, nicht zu, weil sie andernfalls gleich vier grüne Anliegen entwertet hätten. Das soziale Anliegen, weil es durch die Widmungsänderung möglich wurde, dass Otto Wagners Devise «Für die Ärmsten das Schönste» in das Gegenteil – «für die Superreichen das Schönste» – gekehrt wurde. Das ökologische Anliegen, weil der prognostizierte Autoverkehr schon nach der ersten Teilverbauung (Eigentumswohnanlage des in Gemeindebesitz befindlichen Bauträgers Gesiba) ein ruhiges Gebiet in eine Verkehrshölle verwandeln würde. Das kulturelle Anliegen, weil die in der Kaiserzeit entstandene Anlage als Verkörperung der architektonischen Moderne vor einem Zugriff der Bau- und Immobilienspekulation bewahrt werden müsste. Schließlich das demokratische Anliegen, weil jede Stadtverwaltung mit einem Sinn für die herausragende Symbolik der Anlage einen partizipativen Prozess der Suche nach öffentlichen Nachnutzungen der Psychiatrie eingeleitet hätte.

Sofortiger Baustopp – Applaussieger

Vor diesem Hintergrund musste grünbeherzten Teilnehmer_innen der Versammlung der verunglückte Auftritt der Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses «für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürger_innenbeteiligung», Sabine Gretner, beträchtlichen Herzschmerz zugefügt haben. Die Grünen hätten 2006 der Flächenwidmungsänderung – anders als die FP, die damals den Ausverkauf der Otto-Wagner-Anlage befürwortete und sich heute der Bürger_inneninitiative anbiedere – nicht zugestimmt. «Aber heute ist die Versammlung zu spät», sagte sie – und bescherte sich damit ein Pfeifkonzert, das dezibelmäßig dem Rumoren gegen die Bezirkspolitiker_innen, die zur Versammlung luden, nahezu ebenbürtig war.

Der Verkauf des Ostteils der Steinhofgründe, der auf der Rechtsbasis der neuen Widmung erfolgt sei, könne nun einmal nicht rückgängig gemacht werde, betonen die Grünen. Es komme jetzt darauf an, durch Dialogbereitschaft zu den erträglichsten Verkehrslösungen zu kommen, beschwor Gretner (die ihren Regierungsjob mit dem Versprechen angetreten war, Beteiligungsmodelle in der Stadtplanung zu entwickeln) das Publikum. Dieses ortete die «Verspätung» eher bei der grünen Gemeinderätin, denn der Saal war sich fast darin einig, dass etwas, was von Menschen gemacht wurde, von Menschen auch rückgängig gemacht werden könne. Zum Beispiel Widmungsänderungen oder Stadtentwicklungs-Entscheidungen.

> **«Wieso geben Sie sich für diese Farce her?», fragte einer. Er bekam keine Antwort.**

Sofortiger Baustopp im Areal des Otto-Wagner-Spitals – das war die Forderung, die jeweils den meisten Applaus generierte. Niemand müsse Skrupel haben, dadurch diktatorisch in die Rechte der neuen Eigentümer einzugreifen. Die Firma Gesiba nämlich, die zunächst 600 Wohneinheiten errichten will, befinde sich im Eigentum der Gemeinde; politischer Wille könne demnach Entscheidungen revidieren, die im Widerspruch zu den Bevölkerungsinteressen getroffen worden waren.

Die Entscheidungsträger – Bürgermeister Häupl und die Ressortleiter für Finanzen, Stadtplanung und Verkehr – waren allerdings an diesem turbulenten Abend nicht präsent, wie die Sprecher_innen der Bürgerinitiative bedauerten. Für die Versammelten mussten die beiden Bezirksvorsteher_innen am Podium (Andrea Kalchbrenner, SPÖ, Penzing, und Franz Prokop, SPÖ, Ottakring) wie Befehlsempfänger_innen erscheinen, die die eindeutige Ablehnung des Ausverkaufs nicht annehmen konnten. Erbärmlich, wie Prokop an der Publikumsmehrheit (die vermutlich zum Großteil aus SP-Wähler_innen bestand) vorbeiredete: «Ich bin offen für jede Anregung», lautete seine Standardfloskel, ließ aber die am häufigsten formulierte Anregung, nämlich die des sofortigen Baustopps, nicht als Anregung gelten. Damit war der Dialog zwischen «Bezirkskaiser» und Bevölkerung schon im Ansatz zum Scheitern verurteilt.

«Wir alle sind Anrainer»

Der Dialog musste weiters scheitern, weil die «Wutbürger_innen» mit folgenden Anliegen an die Grenzen der konzeptionellen Offenheit der Bezirkschefs stießen.

Das erste Anliegen: Die Causa Steinhofverbauung muss als für ganz Wien

Foto: Magdalena Blaszczuk

Pavillons, die das Spital nicht mehr braucht, dürfen nicht dem Immobilienmarkt ausgeliefert werden. Alternative, öffentliche Nutzungen müssen vorgezogen werden.

relevantes Thema akzeptiert werden. Die symbolische Bedeutung des Areals verbietet es den Politiker_innen, nur die unmittelbaren Anrainer_innen als Gruppe zu respektieren, die das Recht habe, angehört zu werden. Der Versuch des Moderators der Bürger_innenversammlung, Nichtanrainer_innen vom Rederecht auszuschließen, erwies sich erfreulicherweise ohnehin als unrealisierbar.

Das zweite Anliegen: Das Rathaus hatte der Bevölkerung versprochen, dass sie in den Entscheidungsprozess bezüglich der künftigen Nutzung des Otto-Wagner-Spitals einbezogen werde (ein Redner las einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss vor, der vor dem Zeitpunkt des Verkaufs des Ostteils gefasst worden war). Die Versammelten reklamierten ihr Recht auf Mitbestimmung, während ihnen die beiden Bezirks-Chefitäten lediglich das Recht, «informiert zu werden», zubilligten. Kommentar der Penzinger Bezirksvorsteherin: «Ich bin ja auch nur informiert worden.»

Das dritte Anliegen: Zusätzlicher Verkehr kann nur durch einen Verzicht auf Neubauten auf dem Steinhofgelände verhindert werden. Die Instrumentalisierung des an sich geschätzten Verkehrsplaners Werner Rosinak für die Verwertungsinteressen privater Investor_innen verursachte Empörung. Die Verbauung grundsätzlich akzeptierend, versuchte Rosinak mittels seiner romantischen Liste verkehrsberuhigender Maßnahmen (E-Bike-Station, Car Sharing, Mitfahrzentrale usw.) von der Aussicht abzulenken, dass die realen Bewohner_innen der zukünftigen Gesiba-Luxusappartements mehrere Geländewagen pro Familie zur Verfügung haben und auf Rosinaks Romantik «pfeifen werden», wie sich eine Kritikerin ausdrückte.

Während die Auftritte der Bezirksvorsteher_innen, der Repräsentanten der Gesiba, der Stadtplanung und des Krankenanstaltenverbundes bei dieser Versammlung den Erwartungen entsprachen, enttäuschten die grüne Gemeinderätin und der renommierte Mobilitätsberater auf ganzer Linie. Eine Initiativbürgerin hatte eine Seite aus der Homepage Rosinaks ausgedruckt. Nett, was da zu lesen war:

Der Stellenwert der Partizipation muss auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung verankert werden. Das erfordert nicht nur Ermunterung, sondern vielfach auch einen Paradigmenwechsel. Da Partizipation oftmals als «Spiel auf der Bühne» abläuft, werden negative Haltungen und Vorurteile gegen die Partizipation rasch erkennbar. Die vielfach noch vorhandenen Vorbehalte gegen die Partizipation müssen in diesem Sinne überwunden werden. Es bedarf letztlich einer konsistenten Haltung: Partizipation ist ein wesentliches Merkmal einer zukunftsfähigen Demokratie.

Kein Wort davon wiederholte Werner Rosinak in der Busgarage der Wiener Linien, die den Sechshundert Platz bot. Stattdessen schlug er zum Schluss vor, mit «ausgewählten Anrainern» noch einmal alle Möglichkeiten einer Milderung des zu erwartenden explodierenden Verkehrsaufkommens durchzudenken. «Wieso geben Sie sich für diese Farce her?», fragte einer. Er bekam keine Antwort.

Robert Sommer

DIE ERSTE ÖSTERREICHISCHE BOULEVARDZEITUNG
AUGUSTIN
2,50€ davon 1,25 € für den_die Verkäufer_in
Registrierte Verkäufer_innen tragen sichtbar einen Augustin-Ausweis
NUMMER 306 5.10.2011 – 18.10.2011
www.augustin.or.at

Möglicherweise sind wir «der Stadt» egal ...

«Die Stadt ist uns nicht egal»

In der Wiener Planungswerkstatt (Friedrich-Schmidt-Platz 9) ist bis 14. Dezember die Ausstellung «Die Stadt ist uns nicht egal» zu sehen. Ein ambivalentes Projekt im Spannungsfeld zwischen dem Anspruch, den Besucher_innen Mut zur Teilhabe an den Stadtentwicklungsprozessen zu machen, und der Realität neoliberaler Stadtpolitik, die den Wünschen finanzstarker Investoren allemal mehr entgegenkommt als den Bedürfnissen der Bewohner_innen.

Den Macherinnen der Ausstellung – Stadtpsychologin Cornelia Ehmayer, Stadtforscherin Elke Krasny und Grün-Politikerin Sabine Gretner – geht es glaubhaft darum, einen Beitrag dafür zu leisten, dass Planung nicht mehr ohne partizipative Prozesse als deren Bestandteil vorstellbar sind. Wenn es aber in der offiziellen Ankündigung heißt, *der Stadt* sei es ein großes Anliegen, dass partizipative Prozesse fixer Bestandteil in der Planung seien, werden die Grenzen des Empowermentprojektes der drei Frauen plötzlich sichtbar. Wirklich große Umwälzungen der Stadt, wie die Verbauung und Verwertung der ehemaligen West- und Südbahnhofsflächen durch Porr und Strabag oder die Raiffeisenisierung des Schwedenplatz-vis-a-vis, finden wie eh und je gänzlich ohne Bürger_innenmitbestimmungsrechte statt; dass eine Woche nach der Eröffnung der Schau «Die Stadt ist uns nicht egal» 600 Bürger_innen den Baustopp im Gelände des Steinhof verlangten (siehe Seite 6), eben weil ihnen die Stadt nicht egal ist, zeigt das Dilemma auf, in dem sich die Ausstellungsinitiatorinnen bewegen.

Zum Begleitprogramm zählen viele abendliche Diskussionen. Nicht ganz uneigennützig empfiehlt der Augustin, sich den 27. Oktober vorzumerken, den Freitag nach dem Nationalfeiertag. Nach einer Führung durch die Ausstellung (um 17 Uhr) beginnt um 18 Uhr die Diskussion zum Thema «Sendeplatz». Nicht nur physisch gebauter Raum ist öffentlicher Raum, sondern auch der Raum der Medien, von Print über Radio bis zu Web 2.0 – davon geht die Diskussion aus, an der Michael Eisenriegler von der «black box», Ivana Martinović von «das biber», Aleksandra Kolodziejczyk von Radio ORANGE 94.0, Boban Buligović von OKTO.tv und Robert Sommer vom Augustin teilnehmen.